



Suchergebnisse: Aufsichtsrat

5. Januar 1921 – Löwenbräu und Unionsbrauerei schließen sich zusammen

München * Die Aktionäre der Löwenbräu AG stimmen der Fusion mit der Unionsbrauerei rückwirkend zum 1. Oktober 1919 zu. Durch den Zusammenschluss entsteht eines der größten Brauereiunternehmen Münchens. Den Vorstandsvorsitz übernimmt Friedrich Ritter von Mildner, während Dr. Hermann Schüle in die operative Entwicklung des Unternehmens maßgeblich prägt. Joseph Schüle in wird Mitglied des Aufsichtsrats. Auslöser für die Fusion ist der weitgehende Verlust der von Löwenbräu aufgebauten Auslandsmärkte infolge des verlorenen Ersten Weltkriegs. Für Löwenbräu sind daher insbesondere die umfangreichen Immobilien und Gaststätten der Unionsbrauerei von großem Wert. Zum Besitz gehören mehr als 30 Wirtschafts anwesen, mehrere Bauplätze, ein Torfwerk in Deining sowie zwei weitere Torfwerke in Gemeinschaft mit einer Münchner Brauerei. Darüber hinaus verfügt die Unionsbrauerei über drei Doppelsudwerke, moderne Mälzereien, eine umfangreiche Flaschenfüllerei und Eisfabrikation, fünf Dampfmaschinen mit rund 800 PS sowie vollständig elektrifizierte Betriebsanlagen. Zum Unternehmen gehören außerdem umfangreiche Lager- und Transporteinrichtungen, 34 Eisenbahnwagen und ein gut ausgestatteter Fuhrpark. Die Brauerei bringt damit erhebliche Produktions- und Logistikkapazitäten in das neue Unternehmen ein. Die Aktionäre der Löwenbräu AG stimmen der Fusion mit der Unionsbrauerei rückwirkend zum 1. Oktober 1919 zu. Durch den Zusammenschluss entsteht eines der größten Brauereiunternehmen Münchens. Den Vorsitz des Vorstands übernimmt offiziell Friedrich Ritter von Mildner, während Dr. Hermann Schüle in die operative Leitung des Unternehmens maßgeblich prägt.

13. Mai 1921 – Hugo Alois von Maffei stirbt

München * Hugo Alois von Maffei stirbt. Bis zuletzt ist er Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

29. August 1927 – Das „Münchner Kindl-Weißbier“ wird zum überraschenden Erfolg

München * Die erste Flaschenabfüllung des neuen „Münchner Kindl-Weißbiers“ kommt in die Gaststätten und übertrifft alle Erwartungen. Die Nachfrage ist so groß, dass Löwenbräu seine Kunden zeitweise nur eingeschränkt beliefern kann. Damit soll verhindert werden, dass das



Weißbier wegen des unerwartet hohen Absatzes zu jung ausgeliefert werden muss. Direktor Hermann Schülein berichtet dem Aufsichtsrat über den überraschenden Erfolg. Noch zu Beginn hat die Brauerei bewusst darauf verzichtet, das neue Weißbier offensiv zu bewerben. Angesichts der starken Nachfrage ändert sich die Strategie jedoch grundlegend: Löwenbräu startet nun eine gezielte Werbekampagne für das „Münchner Kindl-Weißbier“. Auch die Produktionskapazitäten werden erweitert. Neben der Weißbierbrauerei im Hauptbetrieb an der Nymphenburger Straße nimmt Löwenbräu eine zweite Produktionseinheit in der Abteilung Bürgerbräu in Betrieb. Damit wird auch in der ehemaligen Braustätte des Bürgerlichen Brauhauses in Haidhausen Weißbier für Löwenbräu hergestellt. Der alte Bürgerbräu-Standort erhält dadurch wenige Jahre vor der endgültigen Einstellung des Braubetriebs noch einmal eine wichtige Aufgabe innerhalb der Löwenbräu AG.

23. September 1933 – Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße in Berg am Laim

München-Berg am Laim • Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“

23. September 1933: Antrag auf Umbenennung von Schüleinstraße und Schüleinplatz München-Berg am Laim * Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und



Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ Der Antrag steht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik, jüdische Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und dem Stadtbild zu verdrängen. Er markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung der Familie Schülein nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

März 1938 – Kein Jude darf im Aufsichtsrat tätig sein

Berlin * In einem „Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums“ heisst es: Zur „Voraussetzung für die Anerkennung als nichtjüdischer Gewerbebetrieb [ist] grundsätzlich zu verlangen, dass auch im Aufsichtsrat kein jüdisches Mitglied mehr vorhanden ist und dass bezüglich des Gesellschafterkapitals eine Dreiviertelmehrheit der nichtjüdischen Gesellschafter besteht“.

1994 – Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt

München * Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt. Mit der Umwandlung zur gGmbH erhält die MVHS eine eigenständigere Rechtsform, bleibt aber weiterhin gemeinnützig und öffentlich getragen. Gesellschafter bleiben öffentliche und gesellschaftliche Akteure, insbesondere die Landeshauptstadt München. Die Gemeinnützigkeit bedeutete weiterhin, dass die Einrichtung nicht gewinnorientiert arbeitet, sondern Bildungsaufgaben für die Allgemeinheit erfüllt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm der amtierende Münchner Oberbürgermeister. Die Umwandlung von Volkshochschulen in eigenständige Rechtsformen ist zu dieser Zeit Teil eines breiteren Trends in der Erwachsenenbildung in Deutschland.

Oktober 2011 – Unzufrieden mit der Leistung der Architekten und Projektsteuerer

München-Ludwigsvorstand * Nach einer Sitzung des Aufsichtsrates des Deutschen



Theaters lässt dessen Chef Hep Monatzeder wissen, dass man sehr unzufrieden ist mit der Leistung der Architekten und Projektsteuerer. Doch eine Auswechslung der Verantwortlichen für die Baustelle will bei dem Stand des Verfahrens keiner mehr. Deutlich wird, dass die 86 Millionen Euro nicht reichen werden. Außerdem ist die geplante Wiedereröffnung im Frühjahr 2013 sehr ungewiss. Womöglich wird der Umzugstermin erst im Oktober 2013 stattfinden.

18. September 2012 – Das Deutsche Theater muss einen Vertrag platzen lassen

München-Ludwigsvorstadt * In einer Aufsichtsratssitzung sagen die Fachleute, der Termin Juni 2013 für die Wiedereröffnung des Deutschen Theaters ist „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ nicht zu halten. Das Deutsche Theater muss daraufhin einen unterschriftsreifen Vertrag für ein großes Musical wieder platzen lassen. Als offizielle Gründe für die neuerliche Verzögerung werden angegeben: „die Komplexität des Bauvorhabens, Anpassung von Vertragsterminen, Wechsel von Firmen und Ausführungsdefizite“. Inklusive Zeltmiete wird die Sanierung mehr als 100 Millionen Euro kosten.

10. März 2014 – Der Steuerhinterziehungs-Prozess gegen Uli Hoeneß beginnt

München * Prozessbeginn gegen den Präsidenten und Aufsichtsratsvorsitzenden des FC Bayern München, Uli Hoeneß. Die Anklage lautet auf Steuerhinterziehung in Höhe von 3,5 Millionen Euro. Zu Prozessbeginn gesteht Uli Hoeneß, dass nicht nur 3,5 Millionen, sondern 18,5 Millionen Euro Steuern hinterzogen habe. Er begründet dieses Geständnis damit, dass er einen reinen Tisch machen möchte, „ohne Wenn und Aber“.

14. März 2014 – Hoeneß verzichtet auf eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht

München * Uli Hoeneß weist nach seiner Verurteilung im Prozess wegen 28,46 Millionen Euro hinterzogenen Steuern seine Anwälte an, auf eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht zu verzichten. Gleichzeitig legt er seine Ämter als Präsident und Aufsichtsratsvorsitzender des FC Bayern nieder. Er muss damit seine dreieinhalbjährige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Landsberg antreten.
